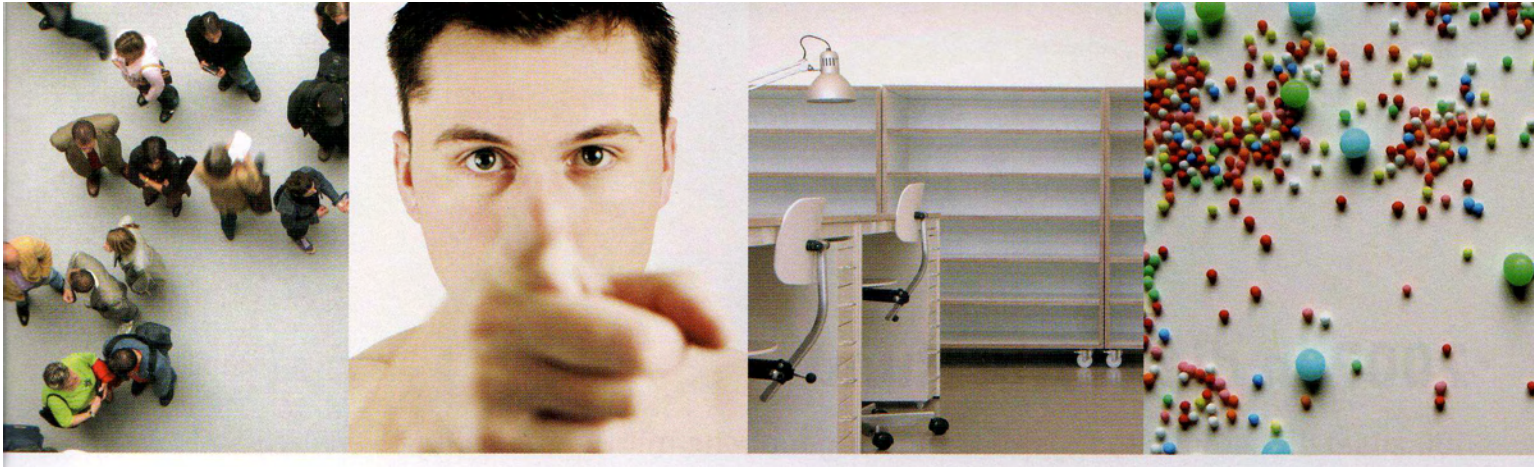
*Magazin der Gesellschaft für innovative Beschäftigungsförderung des Landes Nordrhein-Westfalen* *März 2009*

# G.I.B.INFO 1_09

## Migrantinnen und Migranten auf dem Arbeitsmarkt in NRW

*100 zusätzliche Ausbildungsplätze • Modulare Nachqualifizierung • Berufswelten Essen • Teilzeitberufsausbildung • VAmB • Bürgerzentrum Köln-Deutz • Instrumentenreform SGB II + III • Trierer Leitfaden • Qualifizieren statt Entlassen • Online-Recruiting*

G.I.B. NRW.
Gesellschaft für innovative
Beschäftigungsförderung mbH




02 So viel vorab

**Jugend und Beruf**

04 2009 in die dritte Runde – 100 zusätzliche Ausbildungsplätze für Jugendliche mit Behinderung
06 Abschlussorientierte modulare Nachqualifizierung
09 Talentregion OWL gibt jungen Erwachsenen eine zweite Chance
11 Nachqualifizierungsnetzwerk Niederrhein
12 Wunsch und Wirklichkeit – „Berufswelten" der Kreishandwerkerschaft Essen

**Wege in Arbeit**

16 „Teilzeitberufsausbildung – Einstieg begleiten – Perspektiven öffnen" (TEP)

20 **Migrantinnen und Migranten am Arbeitsmarkt. Bildung – Arbeit – Integration**
30 Sonderbericht zum Arbeitsmarkt NRW: Migrantinnen und Migranten
34 Berufliches Weiterbildungsverhalten von Migrantinnen und Migranten
38 Netzwerk „Integration durch Bildung" – Potenziale nutzen, Nachwuchs sichern
40 Perestrojka in Ostwestfalen-Lippe. Kombinierte Arbeitsmarkt- und Integrationspolitik
44 Neue Kunden gewinnen durch Mitarbeiter mit Zuwanderungshintergrund. Prestige.com GmbH, Hamm
46 „Frühere Versäumnisse nicht mit Lösungen von gestern beheben!", Interview mit Prof. Dr. Klaus J. Bade

54 Verzahnte Ausbildung mit Berufsbildungswerken. Bessere Chancen für lernbehinderte Jugendliche
58 Integrationsbetrieb im Bürgerzentrum Köln-Deutz bietet Mittagstisch und Catering-Service
61 Gesetz zur Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente. Die wichtigsten Neuregelungen

**Beschäftigungsfähigkeit**

66 Mit dem „Trierer Leitfaden für Qualifizierungsberatung" kompetent beraten
70 Qualifizieren statt Entlassen. Kurzarbeit als arbeitsmarktpolitisches Instrument zur Krisenbewältigung

**Medien**

74 „Ja, wo surfen sie denn?" – Mitarbeitergewinnung über das Internet

**Kolumne**

80 Qualifizieren statt Entlassen – Einsatz für Arbeit in Nordrhein-Westfalen

# „Frühere Versäumnisse nicht mit Lösungen von gestern beheben!"

*Ein Gespräch mit Prof. Dr. Klaus J. Bade, Vorsitzender des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR), zur „nachholenden Integrationspolitik" in der Bundesrepublik Deutschland*

**G.I.B.: Herr Prof. Bade, in Deutschland wird seit langem diskutiert, ob Migrantinnen und Migranten integriert sind oder nicht. Was aber heißt überhaupt Integration?**

**Prof. Bade:** Unter Integration verstehe ich in Übereinstimmung mit der operationalen Definition des Zuwanderungsrats von 2004 die möglichst chancengleiche Teilhabe an den zentralen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. Das gilt besonders für Erziehung, Bildung, Ausbildung, Zugang zum Arbeitsmarkt, Wohnen und Wohnumfeld, aber auch für die Teilhabe an den Fürsorge- und Schutzsystemen für Gesundheit und Recht und anderes mehr. Diese pragmatische Definition erlaubt es, den Erfolg von Integrationsprozessen zu messen.

Bei den sog. Integrationsindikatoren wird aber meist nur die Anpassungsleistung der Zuwandererbevölkerung und nicht auch das Integrationsangebot der Mehrheitsgesellschaft gemessen und deren Bereitschaft, strukturelle Veränderungen infolge von Zuwanderung und Integration anzunehmen. Nur unter Berücksichtigung beider Seiten aber kommt man zu einem Ergebnis, das Aussagen über Integration als Kultur- und Sozialprozess auf Gegenseitigkeit erlaubt. Einseitige Integrationsindikatoren sind in Wirklichkeit Assimilationsindikatoren, deren Ergebnis Zertifikate für Assimilationsbereitschaft sind, Benotungen normgerechten Wohlverhaltens der Zuwandererbevölkerung durch die Mehrheitsgesellschaft. Das ist zu wenig. Deswegen erheben wir im Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration für unser Jahresgutachten ein ‚Integrationsbarometer', einen sogenannten Integrationsklima-Index, der beide Seiten der Einwanderungsgesellschaft erfasst.

Deutschland ist, trotz selbstkritischen Jammerns auf hohem Niveau, im internationalen europäischen Vergleich in Sachen Integration nach wie vor ein pragmatischer Erfolgsfall. Dabei gibt es neben vielen hellen auch dunkle Stellen, die man offen und vorbehaltlos ansprechen muss, und zwar auf beiden Seiten, aufseiten der Mehrheitsgesellschaft und ihrer Politik wie aufseiten der Zuwandererbevölkerung.

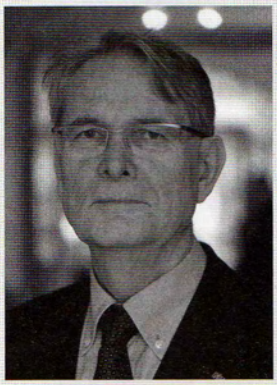
**Welche Rolle spielen Arbeit und Bildung im Integrationsprozess?**

**Prof. Bade:** Arbeit ist neben Sprache eine der beiden entscheidenden Integrationsschienen in unserem Land. Für andere Länder wie z. B. England und Frankreich gilt das oft so nicht, weil dort die meisten Einwanderer schon die Sprache des Aufnahmelandes sprechen. Länder wie Kanada wiederum verfügen über ein Punktesystem, bei dem potenzielle Einwanderer nach Kriterien wie Bildung, beruflicher Qualifikation und Sprachfähigkeit ausgewählt werden.

Arbeit ist deswegen eine so entscheidende Integrationsschiene, weil sie zu einem wirtschaftlich selbstbestimmten Leben führt und zugleich die Akzeptanzbereitschaft der Mehrheitsgesellschaft erhöht. Wer Arbeit hat, gilt als nützliches Mitglied der Gesellschaft, wer keine hat und außerdem noch Zuwanderer ist, gerät rasch in den Verdacht, als Kostgänger des Wohlfahrtsstaates zugewandert zu sein. Dabei gibt es zwei Schienen der Integration über Arbeit: den Eintritt in abhängige Beschäftigung und den Weg in die wirtschaftliche bzw. berufliche Selbstständigkeit.

Wenn man sich den ersten Weg anschaut, sind sowohl dunkle als auch helle Stellen zu erkennen. Eine helle Stelle ist das duale System der Berufsausbildung mit seiner engen Kooperation von Staat und Wirtschaft. In England z. B. gibt es so etwas gar nicht und in den Niederlanden etwa ist die Verschränkung von Staat und Wirtschaft bei der Berufsausbildung weitaus weniger eng. Das duale System ist eine deutsche Erfolgsgeschichte, ein Exportschlager, wie auch der Bericht des Konsortiums Bildungsberichterstattung 2006 noch einmal deutlich gemacht hat.

Aber es gibt auch eine dunkle Stelle dabei: Der Anteil der ausländischen Auszubildenden im dualen System hat sich seit 1993 von ungefähr 9,4 auf rund 5,3 Prozent fast halbiert. Besonders stark ist dabei der Rückgang der männlichen ausländischen Jugendlichen. Deren Ausbildungsbeteiligungsquote im dualen System ist seit 1994 um rund 40 Prozent zurückgegangen. Das heißt: Die deutsche Erfolgsgeschichte „duales System



Prof. Dr. Klaus J. Bade

als Integrationshilfe in den Arbeitsmarkt" beginnt zu korrodieren; denn Chancenverlust am Arbeitsmarkt ist beim Vorliegen solcher Daten erwerbsbiografisch in großer Zahl vorprogrammiert. Mit anderen Worten: Die Gruppe der perspektivlosen sozialen Verlierer, die auch wissen, dass sie verloren haben, wächst und mit ihr wachsen gesellschaftliche Polarisierungen und – noch latente – soziale Spannungen.

**G.I.B.: Was ist Ursache für den Rückgang der Ausbildungsquote speziell ausländischer Jugendlicher?**

**Prof. Bade:** Das hängt einerseits mit milieubedingter Bildungsferne in den Elternhäusern, mit mangelnder Einsicht in die Notwendigkeit von Bildung und Ausbildung in der Wissensgesellschaft und natürlich auch mit persönlichem Versagen, zusammen. Es hängt andererseits auf der viel wichtigeren strukturellen Ebene zusammen mit dem Bildungssystem in Deutschland, das dazu führt, dass Jugendliche, die ihre Abschlüsse noch im Ausland erworben haben und hier zuwandern, erstaunlicherweise besser vorankommen als Jugendliche, die von Beginn an hier die Schule besucht haben. Die Gründe sind vielfältig und fangen schon vor dem Schulalter an: Kindergärten und Kindertagesstätten werden noch viel zu sehr als Kinderaufbewahrungsanstalten begriffen, statt als Anstalten zum spielerischen Lernen fürs Leben. Meist fehlt es dazu auch an zureichend qualifiziertem Personal. Hinzu kommt, dass unser Schulsystem, zumal das dreigliedrige, viel zu früh aussortiert und dass oft nicht Begabungen, Fähigkeiten und Fertigkeiten darüber entscheiden, ob ein Kind eine Überleitungsempfehlung bekommt, sondern schlicht die Folgen mangelnder Sprachfertigkeit. Das ist sozial zutiefst ungerecht und die jungen Menschen spüren, dass sie ungerecht behandelt werden. Die einen verzweifeln, die anderen werden aggressiv.

Wir haben nach wie vor einen sehr hohen Anteil von Schulkindern, die lernfähig, lernbereit und sehr begabt sind, dem Unterricht aber nicht folgen können, weil sie den Lehrer oder die Lehrerin einfach nicht oder doch nicht gut genug verstehen. Und das in Klassen, in denen in sog. sozialen Brennpunkten oft 90 Prozent der Schüler einen Migrationshintergrund haben!

Im Gegensatz etwa zu Schweden, wo es Schwedisch als Zweitsprache gibt, ist bei uns Deutsch als Zweitsprache noch nicht sehr verbreitet. Die Folge: In Schweden sind Schüler der zweiten Zuwanderergeneration annähernd gleich gut wie ihre Mitschüler ohne Migrationshintergrund, in Deutschland hingegen wird die Distanz in der zweiten Generation sogar noch größer. Das ist eine Katastrophe! Frühzeitige Sprachstandsmessungen wie z. B. in Nordrhein-Westfalen, entsprechend nachdrücklich formulierte Kursangebote und Kindertagesstätten als verpflichtendes Regelangebot für die Kommunen sind sicher richtige Wege, aber damit stehen wir erst am Anfang. Was die Kindertagesstätten angeht, hätten wir von der DDR einiges lernen können, von der allfälligen ideologischen Instrumentalisierung einmal abgesehen

**Deutschland ist im internationalen europäischen Vergleich in Sachen Integration nach wie vor ein pragmatischer Erfolgsfall.**

Auch beim späteren Übergang von der Schule in den Beruf ist oft noch eine speziell an Jugendliche mit Migrationshintergrund gerichtete begleitende Förderung nötig. Zugleich sollten ausbildungsbereite Unternehmen von unnötigen Verwaltungslasten in diesem Bereich befreit werden, denn Bürokratie schreckt insbesondere Unternehmer mit Migrationshintergrund ab. Drittens brauchen wir ganz generell praxisnahe Fitnessprogramme für betrieblich schwer vermittelbare Jugendliche, aber auch für Altbewerber mit besonderem Förderbedarf und darunter sind besonders viele Migranten. Sicher gibt es beim Übergang in abhängige Beschäftigung auch bei Jugendlichen ohne Migrationshintergrund mancherlei Schwierigkeiten, aber bei Menschen mit Migrationshintergrund gibt es in der Regel eine Doppelbelastung durch den Integrationsprozess mit all seinen Fallen und Problemen.

**G.I.B.: Sie sprachen die zweite Integrationsschiene durch Arbeit an: die wirtschaftliche und berufliche**

**Selbstständigkeit. Gibt es für Migrantinnen und Migranten besondere Herausforderungen, wenn sie sich für diese Option entscheiden?**

**Prof. Bade:** In der Öffentlichkeit wird viel zu wenig wahrgenommen, dass sich die Zahl der selbstständigen Ausländer seit 1991 um über 60 Prozent auf 365.000 erhöht hat. Dabei sind rund zwei Millionen Arbeitsplätze entstanden. Das heißt, jeder 20. Erwerbstätige arbeitet in Deutschland in einem Migrantenunternehmen, wobei sich die Dynamik vor allem bei den türkischen Gründern außerordentlich erhöht hat.

Es gibt aber auch hier eine dunkle Stelle: Untersuchungen belegen, dass Migranten oft zu unvorbereitet in die Selbstständigkeit gehen und schneller scheitern als deutsche Selbstständige. Dafür gibt es Gründe: zum einen den Mangel an Marktkenntnissen – Beispiel: ein Gründer, der ein Unternehmen für türkische Milchprodukte aufbauen wollte, aber nicht wusste, dass es ein Importverbot für Milchprodukte aus der Türkei gab; zum Zweiten Orientierungsverluste im bürokratischen deutschen Paragrafendschungel, der besonders für Migrantenunternehmer schwer zu durchschauen ist, insbesondere wenn Sprachprobleme hinzukommen.

**Die Gruppe der perspektivlosen sozialen Verlierer, die auch wissen, dass sie verloren haben, wächst und mit ihr die – noch latenten – sozialen Spannungen.**

Drittens fehlt es den Migrantenunternehmern oft an Eigenkapital, um die erste wirtschaftliche Durststrecke zu überstehen. Hinzu kommt, dass der Zugang zu Fremdkapital, gerade im Zeichen der aktuellen Krise, begrenzt wird durch eine immer rigider werdende Kreditvergabe der Banken. Das heißt, in der Einwanderungsgesellschaft werden auch im Zeichen der Krise wieder mal die Schwächsten der Bewerber am härtesten getroffen – am Arbeitsmarkt, wie auf dem Weg in die Selbstständigkeit.

**G.I.B.: Ist die Unterscheidung zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund nicht oft viel zu undifferenziert? Es handelt sich doch hier nicht um zwei in sich homogene, voneinander aber strikt getrennte Gruppen.**

**Prof. Bade:** Richtig, es ist genauso abwegig, von „den Deutschen“ oder „den Ausländern“ zu sprechen wie von „den“ Menschen mit und ohne Migrationshintergrund. Ein Blick auf die aktuelle Studie des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung zu den „ungenutzten Potenzialen“ von Migrantinnen und Migranten macht das deutlich. Würde man die Indikatoren, die das Berlin-Institut gewählt hat, auf das deutsche „Prekariat“ anlegen, also auf Sozialmilieus, in denen es eine über Generationen vererbte Arbeitslosigkeit, Bildungsferne und steigenden Analphabetismus gibt, käme man für diese Gruppe zu ähnlichen Ergebnissen und dennoch würde keine Zeitung schreiben: „Deutsche Unterschicht verweigert eisern die Integration“. In den Worten meines alten Freundes Dieter Oberndörfer: „Was, bitte schön, ist eigentlich ein integrierter Deutscher?“

Selbstverständlich sind bei Zuwanderern einzelne Gruppen zu unterscheiden. Das lief lange sehr einseitig: Wir waren genötigt, von Nationalitätengruppen bzw. Herkunftsgemeinschaften auszugehen, weil die deutsche Statistik nur zwischen Deutschen und Ausländern und hier zwischen einzelnen Nationalitätengruppen unterschied. Seit dem Mikrozensus 2005 können wir näher hinschauen und z. B. auch die Gruppe der Eingebürgerten mit Migrationshintergrund näher differenzieren, weil der Geburtsort der Eltern mit aufgenommen worden ist.

Wichtig ist in diesem gesamten Kontext jedoch, nicht herkunfts- und kulturspezifische Aspekte in den Vordergrund zu stellen, sondern die unterschiedlichen Sozialmilieus. Nicht etwa aus Gründen der „political correctness“, sondern weil es eben nicht der Türke als Türke oder der Muslim als Muslim ist, auf den ein bestimmtes Problem zutrifft, sondern weil es um ein bestimmtes Sozialmilieu geht, das z. B. bei Türken oder Muslimen aus bestimmten Regionen, aber eben nicht

nur bei ihnen, besonders ausgeprägt sein kann. Natürlich gibt es über das Sozialmilieu hinaus weitere kulturelle Einflussfaktoren, z. B. besondere Formen eines der modernen Wissensgesellschaft fernen Traditionalismus, aber im Vergleich zum Einfluss der Sozialmilieus sind solche Faktoren meist nachrangig.

Bei den Zuwanderern türkischer Herkunft zum Beispiel ist zu beachten, dass sie die am spätesten in großer Zahl ins Land gekommene Gruppe sind, in der ersten Generation oft nur ein relativ niedriges Bildungsniveau vorweisen konnten und vom Aufnahmeland dann im Regen stehen gelassen wurden, statt ihre Partizipationschancen zu mehren durch das, was man heute „Fördern und Fordern" nennt. Berücksichtigt man diese Tatsachen, kommt man fast zwangsläufig zu Bestimmungsfaktoren der sozialen Entwicklung, die auf die Milieus hinweisen und nicht auf die nationale Herkunft.

Sicher gibt es auch Zuwanderergruppen, die ebenfalls mit vielerlei Integrationsproblemen kämpfen mussten und dennoch sehr erfolgreich sind. Paradebeispiel sind die Vietnamesen, die beachtliche beruflich-ökonomische Karrieren vorweisen können und in ihrem Aufstiegshunger und ihrer Bildungseinstellung an die Mentalität der Vertriebenen und Flüchtlinge nach 1945 erinnern. Dabei ist neben kulturbestimmten Bildungstraditionen und Wertvorstellungen aber zu berücksichtigen, dass die meisten von ihnen eben nicht – im geografischen Bild gesprochen – aus ostanatolischen Sozialmilieus stammten, sondern aus Kleinbürgertum und Mittelstand und zum Teil auch über erheblich höhere Qualifikationen und formale Bildungsabschlüsse verfügten, auch wenn sie sie zum Teil gar nicht einsetzen konnten.

**G.I.B.: Dort, wo Integration auch nach Jahrzehnten noch nicht gelungen ist, muss etwas schiefgelaufen sein. Was?**

**Prof. Bade:** Es hat Versäumnisse auf beiden Seiten gegeben, bei den Zuwanderern wie bei der Mehrheitsgesellschaft. Grundsätzlich ist Einwanderung ein individuelles Lebensrisiko, das Arbeitswanderern im fließenden Übergang von Daueraufenthalten zur definitiven Einwanderung nicht abgenommen werden kann durch eine wohlfahrtsstaatlich falsch verstandene integrationspolitische Daseinsvorsorge-Regie. Die Zuwandererbevölkerung hat hier viel zu spät erkannt, dass aus Arbeitsaufenthalten Daueraufenthalte und daraus wiederum echte Einwanderungssituationen wurden, dass die Heimatorientierung zur verblassenden Illusion geriet und dass man sich sehr viel mehr um die Werte, Normen und Orientierungen des Einwanderungslandes und die Herausforderungen des Einwanderungsprozesses hätte kümmern sollen.

Aber wie hätte eine aus Arbeitswanderern zu Einwanderern werdende Bevölkerung sich dieser Veränderung bewusst werden sollen, wenn sie gleichzeitig immer wieder von der Mehrheitsgesellschaft mit der Parole konfrontiert wurde „Die Bundesrepublik ist kein Einwanderungsland!" Wenn das Aufnahmeland

**Keine Zeitung würde schreiben: „Deutsche Unterschicht verweigert eisern die Integration."**

standhaft dementiert, ein Einwanderungsland zu sein, kann es dort logischerweise auch keine Einwanderer geben. Der Versuch, Einwanderer mithilfe dieser Tabuformel quasi wegzubeschwören, hat die notwendigen Erkenntnisse aufseiten der entstehenden Einwanderungsgesellschaft sehr verzögert. Ich habe das in den 1980er Jahren ‚defensive Erkenntnisverweigerung' genannt und vergeblich vor deren sozialen Folgen gewarnt, die heute gesellschaftliche Wirklichkeit geworden sind.

Wenn sich die Mehrheitsgesellschaft frühzeitig, spätestens in den achtziger Jahren, eingestanden hätte, auf dem Weg zur Einwanderungsgesellschaft zu sein und daraus die Konsequenz gezogen hätte, partnerschaftlich mit den Einwanderern die gemeinsame Zukunft zu gestalten, dann wäre das eine richtungsweisende Weichenstellung gewesen. Wenn z. B. nur kleine

Zeichen, wie die Einladung ausgewählter Repräsentanten der ersten Zuwanderer-Generation durch die Bundeskanzlerin im Herbst 2008 ins Bundeskanzleramt unter der Überschrift „Deutschland sagt Danke!" – etwas, was ich lange Zeit vergeblich gefordert habe – zwanzig Jahre früher gekommen wären, dann wäre leichter eine gemeinsame neue Identität entstanden, und Integration hätte sich vielleicht ganz anders entwickelt.

Stattdessen wurden Anfang der 1980er Jahre Rückkehrprämien angeboten mit der Botschaft: Macht Euch vom Acker! Das gehörte in eine lange Linie der Abwehrpolitik. Sie begann 1973 mit dem – annähernd zeitgleich auch von anderen europäischen Aufnahmeländern verordneten – Anwerbestopp. Der wurde von den ehedem willkommen geheißenen ‚Gastarbeitern' als Aufkündigung des Gastrechts verstanden. Solche Brüskierungen wurden verstärkt durch kulturalistische Abwehrhaltungen wie Helmut Schmidts Diktum „Mir kommt kein Türke mehr über die Grenze!" Ähnlich wirkten nach den ebenfalls mehr oder minder offen auf türkische Einwanderer in Deutschland zielenden Rückkehrprämien dann Ende der 1980er Jahre, im Zeichen der Massenzuwanderung von Aussiedlern, die ganzseitigen Presse-Anzeigen mit der Spalter-Botschaft: „Aussiedler sind keine Ausländer!" Das hat bei Vertretern von Migrantenselbstorganisationen die berechtigte Frage provoziert, warum denn nun „einheimische Ausländer" gegen „fremde Deutsche" ausgespielt würden. Die latent und nicht selten auch offenen antimuslimischen Distanzierungen wurden mit den Terroranschlägen muslimischer Fundamentalisten vom 11. September 2001 noch immens stärker und setzten sich fort bis ins Jahr 2006 mit den Diskussionen um Einbürgerungskurse, aus denen vielfach wiederum eine besondere Skepsis gegenüber der sog. Integrationsfähigkeit von Muslimen und ihrer Akzeptanz als Staatsbürgern sprach. All das hat kollektive mentale Verletzungen hinterlassen, die sich in die Erinnerungen der Einwandererfamilien eingegraben haben. Die Mehrheitsgesellschaft nahm davon keine Notiz.

**Wir müssen dabei die heutige soziale und berufliche Situation der Migranten berücksichtigen und die Ersatzkarrieren, die sie notgedrungen eingeschlagen haben.**

**G.I.B.: Trotz Versäumnissen und Abwehrhaltungen aber ist Integration doch offensichtlich nicht völlig fehlgeschlagen. Sie sprachen ja eingangs selbst vom im internationalen Vergleich „pragmatischen Erfolgsfall Integration".**

**Prof. Bade:** Das ist richtig und darauf zurückzuführen, dass parallel zu all den Verspätungen, Blockierungen und Abwehrhaltungen insbesondere auf zwei Ebenen etwas ganz anderes ablief, das häufig nicht zureichend beachtet wird: die pragmatische Integration in den Kommunen und durch die Rechtsprechung.

Schon in den frühen achtziger Jahren erkannten viele Kommunen, trotz gegenteiliger Verlautbarungen auf Bundes- oder Landesebene, dass vor Ort zweifellos eine echte Einwanderungssituation vorlag; denn die Zuwanderer blieben dauerhaft in der Stadt, reisten nur noch auf Urlaub in die Herkunftsländer und investierten ihre Ersparnisse in Wohnungen oder auch Häuser. Den Kommunen blieb also gar nichts anderes übrig, als auf diese faktische Normalisierung wohlfahrtsstaatlich und verwaltungstechnisch ganz normal zu reagieren. Ähnlich pragmatisch verlief der Prozess der Integrationsbegleitung auf der Ebene der Rechtsprechung, wo Richter manche Politiker, die Zuwanderer am liebsten wieder abgeschoben hätten, daran erinnern mussten, dass diese Menschen mit der zunehmenden Aufenthaltsverfestigung längst dauerhafte Rechtsansprüche erworben hatten.

Und noch etwas anderes kam hinzu: Auf der Bundesebene haben wir eine Überschneidung zweier Linien, einer Abwehrlinie bis zum Jahr 2006 und einer Reformlinie, die lange darunter verlief, langsam aufstieg und mittlerweile deutlich über der anderen liegt.

Die Reformlinie begann 1990 mit der Novellierung des Ausländerrechts unter Bundesinnenminister Schäuble. Ihr Kern war die Erleichterung der Einbürgerung, ein deutlicher Schritt voran in Richtung Einwanderungsgesellschaft, der in der öffentlichen Debatte aber kaum beachtet wurde wegen der absoluten Dominanz der Vereinigungsdiskussion. Der nächste wichtige Schritt kam zehn Jahre später mit der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts unter Schäubles Nachfolger Schily. Sie bedeutete einen Bruch mit der ethno-nationalen Tradition, deren Schlüsselgedanke lautete: „Deutscher kann man zwar sein, aber nicht werden." Statt eines auch von mir angeregten goldenen Handschlags im Sinne einer bedingten Hinnahme der doppelten Staatsangehörigkeit oder wenigstens einer befristeten Sonderregelung für schon lange im Land lebende Ausländer aber entschied man sich für das unglückliche Optionsmodell der doppelten Staatsangehörigkeit auf Zeit, nämlich in Gestalt ihres Erwerbs durch Geburt im Land und einer späteren Nötigung, sich für eine der beiden Staatsangehörigkeiten zu entscheiden.

Der dritte Innovationsschritt kam im Jahr 2005 durch das ebenfalls von Bundesinnenminister Schily initiierte Zuwanderungsgesetz, das Integration zur staatlichen Aufgabe erklärte und dafür ein ganz neues Verwaltungsinstrumentarium schuf. Ein gewaltiger Schritt voran, aber zugleich auch ein Stolperschritt, denn kurz vor der endgültigen Abstimmung im Bundestag wurde ausgerechnet die am meisten zukunftsweisende Komponente, das vom Zuwanderungsrat beratend zu begleitende Punktesystem, wieder eliminiert, das der deutschen Migrationspolitik ein flexibles Steuerungssystem geboten hätte. Einen vierten Innovationsschritt bildeten die 2006 geschaffenen, durchaus nicht nur appellativen und symbolischen Institutionen „Integrationsgipfel" und „Islamkonferenz", deren weitere Entwicklung abzuwarten bleibt.

Wir haben offensichtlich viel aus der Geschichte gelernt und holen beschleunigt auf. Aber neben der begleitenden und vorausplanenden Integrationspolitik brauchen wir eine nachholende Integrationsförderung als Partizipationsförderung. Sie ist das allerwichtigste Investitionsfeld in der deutschen Einwanderungsgesellschaft; denn den meisten Einwanderern sind nie Angebote wie Eingliederungs-, Sprach- und Orientierungshilfen gemacht worden, die heute bei Neuzuwanderern als selbstverständlich gelten.

**Beim Konzept der nachholenden Integrationsförderung muss der nachholenden Partizipationsförderung ‚von unten' zugleich ‚von oben' ein verstärktes Engagement im Bereich des Diversity Management entsprechen.**

**G.I.B.: Sie plädieren für eine ‚nachholende Integrationspolitik', der Begriff stammt ja von Ihnen. Aber die heutigen Verhältnisse sind doch mit denen zu Beginn der Migration gar nicht mehr zu vergleichen. Brauchen wir für die neue Lage nicht auch neue Lösungen?**

**Prof. Bade:** Allerdings. Es ist ein verbreiteter Irrglaube, gesellschaftliche Folgen früherer Versäumnisse heute mit den Lösungen von gestern beheben zu können, in der geschichtsfremden Vorstellung, dass man nun, klüger als zuvor, da weitermachen könne, wo man vor einem Vierteljahrhundert anzufangen versäumt hat.

Häufig wird dabei die simple Tatsache übersehen, dass auch Einwanderer älter werden, dass also diejenigen, die Anfang der achtziger Jahre vielleicht erst zehn Jahre alt waren, heute über Reformen des Bildungssystems und auch über das duale System nicht mehr zu erreichen sind und schon selbst wieder Kinder haben, an die sie – bedingt auch durch das deutsche Schulsystem – ihre sozialen Startnachteile weiterreichen.

Zuwanderer sind heute oft unter dem Niveau ihrer Begabungen und ihrer formalen Abschlüsse beschäftigt, Wirtschaftswissenschaftler nennen das Fehlallokationen am Arbeitsmarkt. Ihnen müssen wir die Anerkennung ihrer Abschlüsse erleichtern und nötigenfalls Chancen zur praxisbezogenen Nachqualifi-

zierung bieten. Wir müssen dabei aber ihre heutige soziale und berufliche Situation berücksichtigen und die Ersatzkarrieren, die sie notgedrungen eingeschlagen haben. Nehmen wir den Fall eines mir bekannten Kältetechnikers aus der ehemaligen Sowjetunion: Sein Examen wurde hier nicht anerkannt, weshalb er keinen seiner Ausbildung adäquaten Job finden konnte und deswegen als Taxifahrer angefangen hat. Heute besitzt er ein kleines Taxiunternehmen, mit dem er jetzt drei anderen Menschen Arbeitsplätze bietet. Er kann doch seine wirtschaftliche Existenzgrundlage nicht einfach hinwerfen und sich nun, weil seine ursprünglichen Qualifikationen aufgrund des eklatanten Fachkräftemangels dringend benötigt werden, ganztags der Weiterbildung in seinem Erstberuf widmen. Er muss die Chance erhalten, seine Fähigkeiten in Abendkursen auf den neuesten Stand zu bringen. Denkbar wären auch nachholende Weiterqualifikationen in Kombilohn-Modellen, wobei ein Beschäftigter vom Unternehmen z. B. einen Tag pro Woche zur Weiterqualifizierung freigestellt und ein Ersatz für diesen Tag finanziert wird, wobei sich das Unternehmen verpflichtet, den sich weiterbildenden Beschäftigten nach bestandener Prüfung für einen festzulegenden Mindestzeitraum anzustellen.

Gefragt ist also kreative Phantasie, um notfalls auch einen Diplom-Ingenieur, der beruflich nicht auf dem neuesten Stand ist, wenigstens als Ingenieur oder doch als Techniker zu beschäftigen, statt ihn arbeitslos oder ersatzweise Hauswart werden zu lassen. Letztes Beispiel: Statt zwei Fachlehrer mit Migrationshintergrund, die jeweils nur ein Fach unterrichten können, trotz des Lehrermangels zu Sozialfällen zu machen, weil Lehrer hierzulande zumindest zwei Fächer unterrichten müssen, könnte man zwei Lehrer mit je einem Fach je zur Hälfte an zwei verschiedenen Schulen anstellen. Der Fantasie sind keine Grenzen gesetzt, wenn man bereit ist, bürokratische Denkblockaden aus dem Weg zu räumen.

**G.I.B.: Einstiegshilfen für die Integration in den Arbeitsmarkt und Ausbildungshilfestellungen sind doch vorhanden! Brauchen wir maßgeschneidertere Lösungen?**

**Prof. Bade:** Wir haben in der Tat schon eine Vielfalt von Hilfen dieser Art. Sie sind jedoch für die Adressaten kaum mehr durchschaubar. Beim Konzept der nachholenden Integrationsförderung muss daran gedacht werden, dass der nachholenden Partizipations-

förderung ‚von unten' zugleich ‚von oben' ein verstärktes Engagement im Bereich des Diversity Management entsprechen muss. Nur so kann verhindert werden, dass beruflich-soziale Fahrstühle in kaputten Paternostern enden: Es gilt also zu verhindern, dass die gut gemeinte fördernde und fordernde Einladung in die beruflich-sozialen Fahrstühle in einem Paternoster mündet, bei dem es unten Einstiege, aber oben keine Ausgänge in den Arbeitsmarkt gibt, sodass sich die Kandidaten ergebnislos, perspektivlos, frustriert und schließlich zunehmend aggressiv von einer kostspieligen Maßnahme zur anderen im Kreise drehen. Das könnte bei der Mehrheitsgesellschaft überdies die ohnehin verbreitete Vorstellung vom ‚Missbrauch des Wohlfahrtsstaates durch Migranten' stärken und damit nicht nur nicht spannungsabbauend, sondern sogar spannungsverstärkend wirken.

**G.I.B.: Welche Rolle könnten Migrantenselbstorganisationen im Integrationsprozess spielen und wie wichtig sind dabei Vorbilder?**

**Prof. Bade:** Vorbilder sind ganz entscheidend. Wir haben heute längst eine neue Elite mit Migrationshintergrund in der Leitung von Unternehmen, in Ministerien und im Bundestag, selbst in der Führungsspitze von politischen Parteien. Es gibt rasante Integrations- und Aufstiegskarrieren von Menschen mit Migrationshintergrund, deren Eltern fast ohne Schulbildung waren und sich selbst in den kleinen Mittelstand hochgearbeitet haben. Dass jetzt zum Beispiel bei den Türken eine breiter werdende Mittelschicht heranwächst, ist ein sehr erfreulicher Integrationserfolg, von den erwähnten Integrationskarrieren von Vietnamesen ganz zu schweigen. Integration aber ist in der Regel ein sehr unauffälliger Prozess, der am erfolgreichsten für beide Seiten dann ist, wenn man gar nichts davon merkt.

Jetzt kommt es darauf an, Vorbildkarrieren namhaft zu machen, den Erfolgen Gesichter zu geben, bei der Mehrheitsgesellschaft, aber auch bei der Zuwandererbevölkerung selbst. Migrantenselbstorganisationen in Förderungsmaßnahmen mit einzubeziehen, ist wichtig, denn sie sind die Brückenbauer in ihre Milieus. Wenn Politik sich dieser Brückenbauer bedient und ihnen vielleicht auch eine gewisse finanzielle Förderung für ihre wichtige Arbeit bietet, würde vieles leichter gelingen.

**ZUR PERSON**

Der Migrationsforscher und Politikberater Prof. Dr. Klaus J. Bade, Jg. 1944, lehrte bis 1997 Neueste Geschichte an der Universität Osnabrück und lebt heute in Berlin. Er war Begründer des Osnabrücker ›Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien‹ (IMIS), des bundesweiten Rates für Migration (RfM) sowie bis 2004 stellvertretender Vorsitzender des Zuwanderungsrates der Bundesregierung. Er ist jetzt Vorsitzender des neuen Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration in Berlin. Bade hatte Fellowships und Gastprofessuren an den Universitäten Harvard und Oxford, an der niederländischen Akademie der Wissenschaften und am Wissenschaftskolleg zu Berlin. Er ist Autor und Herausgeber von mehr als 40 Büchern, zuletzt u. a.: Europa in Bewegung, München 2000; Enzyklopädie Migration in Europa, Paderborn/München 2008 (Mithrsg.). Er hat als Wissenschaftler, Publizist und Politikberater zahlreiche Ehrungen erhalten, u. a. das Verdienstkreuz Erster Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland 2007 (www.kjbade.de).

**KONTAKT**

Prof. Dr. Klaus J. Bade
Vorsitzender, Sachverständigenrat
deutscher Stiftungen für
Integration und Migration (SVR)
Neue Promenade 5
10178 Berlin
Telefon: 030 28886590
E-Mail: bade@svr-migration.de
www.svr-migration.de

**DAS INTERVIEW FÜHRTEN**

Manfred Keuler, Telefon: 02041 767152
E-Mail: m.keuler@gib.nrw.de

Paul Pantel, Telefon: 02324 239466
E-Mail: paul.pantel@arcor.de